

# Jahresbericht 2017 über den Schutz der finanziellen Interessen der EU – Betrugsbekämpfung

Im September 2018 veröffentlichte die Europäische Kommission ihren Jahresbericht über die Bekämpfung von Betrug, der die finanziellen Interessen der EU betrifft, im Jahr 2017. Das Gesamtschadensvolumen der 2017 gemeldeten 15 213 Unregelmäßigkeiten belief sich auf 2,58 Mrd. EUR, was einen Rückgang um 8,6 % gegenüber 2016 darstellt. Allerdings belief sich das Volumen der gemeldeten betrügerischen Unregelmäßigkeiten auf 467 Mio. EUR, was einen Anstieg um 19,4 % gegenüber 2016 darstellt.

## Hintergrund

Gemäß [Artikel 325 Absatz 5](#) des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union hat die Kommission den Auftrag, jährlich einen Bericht über die Maßnahmen vorzulegen, die in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten getroffen wurden, um für eine korrekte Verwaltung von EU-Mitteln zu sorgen und Betrug zu bekämpfen, der die finanziellen Interessen der EU betrifft. Die Kommission ist hierbei in großem Maße von der Zusammenarbeit und den von den nationalen Behörden übermittelten Daten abhängig, da diese [praktisch alle](#) Einnahmen der EU einziehen und etwa [74 %](#) ihrer Ausgaben im Wege einer geteilten Verwaltung von EU-Programmen abwickeln.

## Bericht 2017 der Europäischen Kommission

Am 3. September 2018 nahm die Kommission ihren [Jahresbericht 2017](#) über den Schutz der finanziellen Interessen der EU an. 2017 wurden 15 213 betrügerische und nichtbetrügerische Unregelmäßigkeiten gemeldet, was einen Rückgang um 20,8 % gegenüber 2016 darstellt. Das Gesamtschadensvolumen der 2017 gemeldeten Unregelmäßigkeiten belief sich auf 2,58 Mrd. EUR, was einen Rückgang um 8,6 % gegenüber 2016 darstellt. Von diesen Unregelmäßigkeiten wurden 2017 insgesamt 1 146 als betrügerisch gemeldet (2016: 1 410), und damit war ein Schaden in Höhe von 467 Mio. EUR auf der Ausgaben- und Einnahmenseite verbunden (2016: 391 Mio. EUR). Dies stellt einen Rückgang der Zahl der betrügerischen Unregelmäßigkeiten um 18,7 %, aber einen Anstieg der finanziellen Auswirkungen um 19,4 % gegenüber [2016](#) dar. Die Kommission weist darauf hin, dass die finanziellen Auswirkungen aufgedeckter Betrugsfälle tendenziell stark schwanken, da Einzelfälle mit großen Geldbeträgen verbunden sein können, und dass die Zahl der gemeldeten Unregelmäßigkeiten „nicht als direkter Indikator für das Ausmaß des Betrugs“, sondern vielmehr als Information darüber angesehen werden sollte, „wie viele Fälle von möglichem Betrug [...] aufgedeckt wurden“. Bei den Betrugsfällen im Zusammenhang mit der Ausgabenseite wurden die höchsten Werte von der Slowakei (172,33 Mio. EUR), Rumänien (75,79 Mio. EUR) und Polen (57,57 Mio. EUR) gemeldet. Auf der Einnahmenseite wurde das höchste Betrugsvolumen von Belgien (15,5 Mio. EUR), Griechenland (14,13 Mio. EUR) und Frankreich (13,22 Mio. EUR) gemeldet. Die Kommission weist darauf hin, dass die Annahme der [Richtlinie](#) über die Betrugsbekämpfung 2017 und die [Errichtung](#) der Europäischen Staatsanwaltschaft von großer Bedeutung sind.

## Bericht des Haushaltskontrollausschusses

Der Haushaltskontrollausschuss des Europäischen Parlaments (CONT) [nahm](#) am 13. Dezember 2018 seinen [Bericht](#) an, über den nun bei der Plenartagung im Januar 2019 diskutiert werden soll. In dem Bericht wird darauf hingewiesen, dass die Zahl und das Volumen der Unregelmäßigkeiten im Vergleich zu 2016 zurückgegangen sind, aber es wird auch Besorgnis darüber geäußert, dass Mehrwertsteuerbetrug innerhalb der EU die Union immer noch 50 Mrd. EUR jährlich kostet. Es wird festgestellt, dass die Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit traditionellen Eigenmitteln (TEM) ungleich auf die Mitgliedstaaten verteilt sind, wobei Griechenland (7,17 %), Spanien (4,31 %) und Ungarn (3,35 %) bei den

# EPRS Jahresbericht 2017 über den Schutz der finanziellen Interessen der EU – Betrugsbekämpfung

gesamten nicht erhobenen TEM deutlich über dem EU-Durchschnitt von 1,96 % liegen. Ein weiterer Anlass zu Besorgnis ist die niedrige durchschnittliche Beitreibungsquote in den als betrügerisch gemeldeten Fällen in den Jahren 1989–2017 (37 %). In dem Bericht wird festgestellt, dass ein erheblicher Betrag der Investitionen der öffentlichen Hand im Wege der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgegeben wird (2 Billionen EUR pro Jahr), und es wird betont, dass die elektronische Auftragsvergabe Vorteile bei der Betrugsbekämpfung bietet. Schließlich wird in dem Bericht auf die Bedeutung des Investigativjournalismus für die Betrugsbekämpfung hingewiesen.

Initiativbericht: [2018/2152\(INI\)](#); federführender Ausschuss: CONT; Berichtersteller: Marian-Jean Marinescu (PPE, Rumänien).

Dieses Dokument wurde für die Mitglieder und Bediensteten des Europäischen Parlaments erarbeitet und soll ihnen als Hintergrundmaterial für ihre parlamentarische Arbeit dienen. Die Verantwortung für den Inhalt dieses Dokuments liegt ausschließlich bei dessen Verfasser/n. Die darin vertretenen Auffassungen entsprechen nicht unbedingt dem offiziellen Standpunkt des Europäischen Parlaments. Nachdruck und Übersetzung – außer zu kommerziellen Zwecken – mit Quellenangabe gestattet, sofern das Europäische Parlament vorab unterrichtet und ihm ein Exemplar übermittelt wird. © Europäische Union, 2019.

[eprs@ep.europa.eu](mailto:eprs@ep.europa.eu) <http://www.eprs.ep.parl.union.eu> (intranet) <http://www.europarl.europa.eu/thinktank> (internet) <http://epthinktank.eu> (blog)

